

Arbeiterkämpfe

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich bei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post begogen monatlich 2 RM. (ohne Briefporto) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21. Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft: Geschäftsführung: Dresden-21. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Drahtanleihe: Arbeiter-Schifffahrt: Dresden-21. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Drahtanleihe: Arbeiter-Schifffahrt: Dresden-21. Sprechstunden der Redaktion: Montagabends 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag) Sonnabend 10-12 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Ungewöhnliches: Die neuemal gehaltene Nonpareillage oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Anklam-Zeitung anschließend an den dreistufigen Teil einer Zeitung 1,50 RM. Anzeigen-Annahme zwischen 8 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21. Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Auslieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 3. Januar 1928

Nummer 2

Kampf in der sächsischen Hüttenindustrie

Die Arbeiter des Lauchhammer-Werkes verlassen den Betrieb nach acht Stunden

Wir teilten gestern schon mit, daß die Arbeiter des Lauchhammerwerkes in Riesa und Grödig beschlossen hatten, den Betrieb nach 8 Stunden zu verlassen. Die Arbeiter haben gestern ihren Beschluß durchgeführt. Die Arbeiter der Gräßicht haben den Betrieb nach 8 Stunden verlassen. In Grödig erfolgte das Verlassen des Betriebes einmütig. In Riesa haben die Arbeiter der wichtigsten, zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeiten den Betrieb verlassen.

Die Nachmittagschicht, die sonst um 6 Uhr beginnt, erschien diesmal um 2 Uhr, um ebenfalls die stündige Arbeitszeit durchzuführen. Nach einigen Stunden Arbeit wurde die Nachmittagschicht von der Direktion entlassen. Das Lauchhammerwerk antwortet mit der Auspeppung. Für die Arbeiter gilt es jetzt, den Kampf mit aller Entschiedenheit zu führen.

Der Schiedsspruch für die Hüttenindustrie wurde vom Metallarbeiterverband abgelehnt. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß der Metallarbeiterverband ernsthaft einen Kampf gegen das Hüttenkapital will. Diese Ablehnung erfolgt unter dem Druck der Kampfbereitschaft der Arbeiter. Nun haben auch die Hüttenindustriellen den Schiedsspruch abgelehnt. Die Bahn für neue Verhandlungen für die Ablösung des Kampfes ist frei.

In Pirna und Freital waren, wie uns mitgeteilt wurde, ebenfalls Versammlungen des DMV angelegt. Diese Versammlungen fanden aber nicht statt. Hierin zeigt sich wohl schon, daß die Gewerkschaftsführer nach dem Beschluß der Lauchhammerarbeiter keine Ausdehnung der Angriffsbewegung in Freital und Pirna wollen.

Soweit uns heute mitgeteilt wird, hat der Metallarbeiterverband in Leipzig erklärt, er wolle der Bewegung keine Schwierigkeiten machen. Die Gewerkschaftsführer wollen keine tatsächliche Unterstützung des Kampfes, keine Durchsetzung des Kampfwillens. Sie wollen, wie im Rheinland, den Verrat der Arbeiter herbeiführen. Was im Rheinland geworden ist, geht aus einer Meldung hervor, die wir an anderer Stelle bringen. Dort führen die Unternehmer ihren Angriff weiter. Die sächsischen Arbeiter müssen jetzt den Kampf gegen die weiteren Vorstöße der Hüttenindustrie mit aller Kraft führen. Dieser Kampf wird von entscheidender Bedeutung für die gesamte Hütten-

industrie sein. Die Arbeiter der Hüttenwerke dürfen deswegen nicht allein gelassen werden. Hinter den Unternehmen werden die Hüttenherzen ganz Deutschlands stehen. Hinter die kämpfenden Arbeiter muß sich die ganze Front der Arbeiter stellen.

In allen Betrieben, in sämtlichen Gewerkschaften müssen die Arbeiter sofort Stellung zu diesem Kampf nehmen. Sofort muß die Unterstützung dieses Kampfes beschlossen werden. Über die materielle Unterstützung hinaus gilt es, durch die Ausdehnung des Kampfes auf die anderen wichtigen Industrien den Kampf auf die breiteste Basis zu stellen.

Es gilt, diesen Kampf mit aller Energie zu führen. Die Fällung und Annahme eines neuen Schiedsspruches, der die Forderungen der Arbeiter nicht durchführt, darf nicht zustande kommen.

Die rheinischen Hüttenindustriellen stehen weiter vor

Eilen, 3. Januar (Eigene Nachrichten).

Der DMV teilt mit, daß sich bei der Durchführung des Arbeitszeit-Schiedsspruches für die Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe und der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli Schwierigkeiten bei dem Bochumer Verein, bei der Friedelich Krupp in Essen und bei den Mannesmannwerken in Gelsenkirchen ergeben haben. Die genannten Werke haben eine Hinausziehung der Durchführung des Schiedsspruches des Arbeitzeit und der Verordnung vom 16. Juli bis zum 31. Januar beantragt. Sie berufen sich hierbei auf den Paragraphen 2 der Arbeitszeitverordnung, nach dem sie eine Mehrarbeit von zwei Stunden bis zu 30 Tagen beantragen können.

Der Christliche Metallarbeiterverband hat eine gleiche Mitteilung erlassen. Die Differenzen begleiten sich auf die Werke mit fast einseitigen Walzenstrafen.

Die Schwerindustrie ruht rücksichtslos die durch den Schiedsspruch geschaffene Lage gegen die Arbeiter. Die Arbeiter, die beginnen, diese Lage zu erkennen, haben in einigen Betrieben begonnen, die verlangte Mehrarbeit zu verweigern. Die Gewerkschaften wollen sich an die Arbeitgeberseite wenden.

Die sächsischen Arbeiter können aus diesem Vorgehen der rheinischen Hüttenindustriellen die Bedeutung des Kampfes der sächsischen Hüttenarbeiter ermessen.

Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie! die einzige richtige Antwort der Arbeiter.

Poincarés Kampf in Elsass-Lothringen

1. Von Zeit zu Zeit erfährt die deutsche Arbeiterklasse etwas über eine Autonomistenbewegung in Elsass-Lothringen, über Verfolgung dieser Bewegung durch die französische Regierung usw. Seit Wochen verstärkt sich die Aktion der französischen Regierung gegen die autonome Bewegung von Tag zu Tag. Haussuchungen, Verhaftungen, Zeitungsbeschlagnahmen in bisher unerreichter Umfang sind an der Tagesordnung. Anfang November beschloß ein außerordentlicher Ministerrat in Paris, drei offizielle autonome Zeitungen zu verbieten. Diese für die Pressefreiheit der 3. französischen Republik immerhin ungewöhnliche Aktion wurde mit einer Verordnung von 1896 begründet, die es der französischen Regierung ermöglicht, "fremdsprachige" Pressezeugnisse zu verbieten, wenn sie die Interessen des französischen Staates gefährden. Als solche "fremdsprachige" Organe wurden jetzt einige deutsche Zeitungen in Elsass-Lothringen verboten, und das zeigt die Zuspitzung der elsass-lothringischen Frage. Mit den raffiniertesten Mitteln versucht die Poincaré-Regierung gleichzeitig den namhaften Führer der kleinbürgerlichen Autonomisten und Kommunisten zu diskreditieren. Was steht hinter der autonomen Bewegung, was steht hinter der Offensive der französischen Imperialisten gegen sie? Was hinter der autonomen Bewegung steht, ist leicht zu sagen: Fast anderthalb Millionen deutschsprachiger Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, die mit der Annexions Elsass-Lothringens durch Versailles zur französischen Republik zurückdrohten, haben in den Jahren seitdem das Werkzeug zu ihrem Werkzeug, der demokratischen Bourgeoisie Frankreichs und der französischen Republik gründlich eingehakt. Die werktüchtigen Massen, früher erblitterte Feinde des preußischen Stiefels, sind jetzt ebenso erblitterte Feinde der französischen Bourgeoisie. Damals führte sie die Sozialdemokratie, die zwar nicht grundsätzlich die nationalen Forderungen vertrat, aber doch die autonomen Lösungen, die in den Massen breiten Widerhall fanden, als den wichtigsten Teil ihres elsass-lothringischen Programms aufgenommen hatte. Nach dem Krieg schwand die Sozialdemokratie vollständig in das Lager der französischen Ultraimperialisten, sie ist jetzt der schärfste Feind der Autonomiebewegung. Dagegen haben die Kommunisten getan der Politik Lenin in der nationalen Frage sich an die Spitze der Bewegung gegen den französischen Imperialismus gestellt. 1926 schon forderte ein breiter Kongress der Arbeiter und Bauern Elsass-Lothringens unter der Führung der Kommunisten in Straßburg, das volle Selbstbestimmungsrecht. In einem Manifest wandte er sich protestierend gegen die nationale Unabhängigkeitsbewegung in Elsass-Lothringen an die europäische Oberschicht und die imperialistischen Minister, die in Locarno die elsass-lothringische Frage auf ihre Weise vorübergehend zugunsten des französischen Imperialismus klärt. Seit dieser Zeit ist aus einer Abspaltung der elsassischen Klerikalen, dem Elsassischen Heimatbund, eine kleinbürgerliche Autonomistenpartei entstanden, die im wesentlichen die Tagesforderungen des Straßburger Kongresses als Programm vertritt. Diese Forderungen waren: volle Autonomie, Selbstverwaltung, Einführung der Muttersprache als Dienstsprache, Befreiung der französischen imperialistischen Unterdrückungs- und Kontrollorgane, Nationalisierung der Bodenschätze usw. Diese Autonomistenpartei hofft ihre Ziele mit demokratischen Mitteln und dem bürgerlichen Staat zu erreichen. Die Kommunisten bekämpfen diese Illusionen, sie fordern das volle Selbstbestimmungsrecht bis zum Recht der Loslösung vom französischen Imperialismus und führen die Arbeiter- und Bauermassen darüber auf, daß eine wirkliche nationale Befreiung ohne die Erlösung der Sowjetrepubliken in Deutschland und Frankreich fast ausgeschlossen erscheint.

Die Kommunisten unterstützen die kleinbürgerliche Bewegung, soweit sie ernsthaft antikapitalistische Züge aufweist. Das gilt zwar nicht von ihrer Führung, aber von ihren Mitgliedern, fast überall. Autonomistische Erklärunghen in Elsass-Lothringen, das bedeutet nämlich, wenn auch noch unklar, Beginnen der Reaktion auf imperialistische Vergewaltigungsmethoden von Seiten der Ausbeuterklassen, diesseits und jenseits des Rheins. Die Cliquen, die seit Jahrzehnten, besonders seit 1870 das Grenzland zum Tummelplatz ihrer militärischen Abenteuer und ihrer Profitjacht gemacht haben. Autonomistische Bewegung, das ist die mehr oder weniger klare Erkenntnis, daß die Befreier Hoch und Jossie um nichts besser sind, als Lubendorff und Hindenburg. Autonomistische Bewegung, das bedeutet Reaktion gegen die Einsetzung eines imperialistischen Gewaltapparates gegen die breiten elsass-lothringischen Volksmassen, sei es ein hohenloherischer Junta oder ein französisch-republikanischer Machtpatent. Autonomismus in Elsass-Lothringen, das ist Kampf gegen die nationale Unterdrückung. Früher wurde die französische Minderheit und ihre Sprache im Lande vermantelt, heute wird die große Mehrheit französisiert, ihre Sprache verboten, die Jugend wächst auf, buchstäblich ohne auch nur eine Sprache zu beherrschen, der Proletariat ist vor dem Klassengericht, das fremdsprachig über ihn verhandelt noch mehrlos als in anderen Ländern, die höheren Beamten- und Staatsstellen sind ausschließlich französischen Imperialistenlakaten aus dem Innern zugänglich usw. Autonomistische Bewegung, das bedeutet aber vor allem eine breite beginnende antikapitalistische Massenbewegung gegen die großen Ausbeutergeellschaften von diesseits und jenseits des Rheins. Die elsass-lothringischen Bodenschätze, die Erze, das Kali, das Petroleum, die Profite der Eisenbahn,

Die Erhebung der Kolonialslaven

Macdonald, der Agent der Imperialisten, fordert die Inder zur Unterwerfung auf

TU. London, 2. Januar. Nach Berichten aus Rangoon sind in der Nähe von Paungdo im Prome-Distrikt eine Gruppe von Polizisten auf ihrem Patrouillengang von Dorfbewohnern angegriffen worden. Einer der Polizisten wurde schwer verwundet. Die Polizei machte von ihren Schuhwaffen Gebrauch, wobei 2 Dorfbewohner getötet und 5 verletzt wurden. Der Zwischenfall ist das Ergebnis einer kürzlich von Tigratoren eingeleiteten Bewegung für die Abschaffung von Steuern. Die Polizei ist gegenwärtig wieder Herr der Lage. Eine Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Fliegengeschenk auf eine Pyramide

TU. Berlin, 2. Januar. Wie ein Abendblatt aus London meldet, ist im Verlaufe von Kämpfen zwischen englischen Soldaten und indischen Einwohnern die Pyramide von Denglur, in der der Führer der Einwohner sein Hauptquartier aufgestellt hatte, von einem Bombengeschwader mit Bomben besetzt worden. Die militärischen Ultionen dauern an.

Kampf gegen die englische Verfassungskommission für Indien

TU. London, 2. Januar. Die Times of India machen den Vorschlag, die indische Opposition gegen die englische Verfassungskommission dadurch zu umgehen, daß vorläufig nur der Vorsitzender dieser Kommission, Sir John Simon, nach Indien kommt, um sich über die Lage zu unterrichten. Auf Grund dieser persönlichen Führungnahme würde Simon dann wohl in

Polizeiprovokationen gegen den RFB

Breslau, 3. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Der Breslauer RFB veranstaltete in der Silvesternacht einige Plakataktionen. Ein Polizeihauptmann und einige andere Beamte bedrohten daraufhin die Kameraden und das verdeckte Arbeitersubkultum mit der Schuhwaffe. Auf Grund dieser Provokation kam es zu Zusammenstößen, in denen Verlauf fünf RFB-Kameraden verhaftet wurden.

Zodesurteile in Litauen

Berlin, 3. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Für die Verschärfung der Gegenseitigkeit zwischen Litauen und Polen sind die Terrorzettel der litauischen Kriegsgerichte verantwortlich, nach denen gestern zwei Todesurteile wegen Spionage zugunsten Polens und Zuchthausurteile gefällt wurden.

usw., sie wanderten vorher in die Taschen der Stumm, Thysen, Röchling, sie wandern heute in die Taschen der de Wendel, der Loute vom Komitee de Jorges (Hüttenkomitee), der Aktionäre der Eisenbahnkompanie usw. Das sind die wahren Einheitskräfte des autonomistischen Komplotts. In Elsaß und in Lothringen sind dagegen höhere Beamtenleutern, höhere Preise, niedrige Löhne, geringere Rechte für die Werkältigen vorhanden. Besonders schwierig ist die Lage der kleinen und mittleren Bauern und der zahlreichen Weinbauern auch noch heute trotz des neuen deutsch-französischen Handelsvertrages, der ein wenig ihre katastrophale Lage gebessert hat. Alle die Massen, selbst Kreise des mittleren Bürgertums haben begriffen, daß ihnen die Befreiung jenseits des Rheins und diesseits der Vogesen gestohlen werden können. Wenn auch Kleindörfer und vor allem mittelbürglerische Schichten zweitlos deutschfreundliche Verbündungen zeigen, die große Masse der Bewegung ist eine antikolonialistische Bewegung, die begriffen hat, daß die Befreiung durch die Metropole, das Mutterland ein Riesengeschäft für die Imperialisten war und nichts anderes. Aber trotz der brutalen chauvinistischen Nationalisierungspolitik der französischen Bourgeoisie haben sie die erste Befreiung, die Annexion durch Preußen im Jahre 1870 nicht vergessen, und der breiten Masse der Autonomisten gelüstet nicht nach Heimkehr in das Hindenburg-Deutschland. Und so ist die autonomistische Bewegung bis weit über die Kreise hinaus, die in der Kommunistischen Partei als Kommunisten ihren bewußten Teil darstellen, eine im Grunde antikolonialistische Freiheitsbewegung, Grund genug für die französische Bourgeoisie, ihre Diskreditierung, ihre Unterdrückung zu versuchen.

Wie so oft, benutzt die französische Bourgeoisie zu diesem Mittel vor allem das Argument Boche. „Die Deutschen stehen dahinter, deutsches Volk, deutsche Einflüsse, deutsche Agenten, deutsche Spione, nieder mit den Autonomisten und Kommunisten, die den Deutschen Elsaß-Lothringen wieder in die Hand spielen möchten.“ Bis jetzt sind alle Kampagnen der Regierung völlig zusammengebrochen. Gerade das zwängt sie zu immer neuen Diskreditierungsvorstößen. Das steigert zugleich die nationalistische Reaktion in den Kleindörfern. Die Militärfamiliär ist französisch, französisch ist der Kapitalist, jedensatz der große Kapitalist, französisch der imperialistische Polizei- und Ausländerapparat. Es ist leicht, die eigentlichen Klassengrundlagen zu verwischen, wenn die imperialistische Verfolgungskampagne die Leidenschaften noch besonders aufpeitscht. In dieser Lage führen die Kommunisten einen aufopferungsvollen Kampf, der die autonomistische Strömung immer mehr zu dem einzigen Ausweg, den es gibt, zum kommunistischen Ausweg, hinführt. Deshalb wendet sich die Verfolgungskampagne der französischen Regierung auch aufs schärfste gegen sie. Aufs heftigste werden die Kommunisten als „Deutschfeinde“ angegriffen. Das Verbot ihrer Presse wird gefordert. Tag und Nacht werden jetzt unsere Parteidräder in Elsaß und in Lothringen bewacht, um geheime Verbindungen mit Autonomistenkreisen nachzuweisen, mit allen Mitteln der Provocation wird gearbeitet, um solche Verbindungen herzustellen. Ein großes „Panzeramt“ soll vor der Wahl ausgesetzt werden, vor allem die Kommunisten sollen diskreditiert werden, weil die Gefahr besteht, daß sie im Elsaß und in Lothringen zum Teil sogar die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich gruppieren werden. Das ist der nähere und gleichzeitig auch der tiefere Sinn der Verfolgungskampagne in Elsaß-Lothringen.

Die autonomistische Bewegung, sie ist heute wiederum, so wie sie es vor der großen französischen Revolution war, ein Weiterleuchten der kommenden revolutionären Umwälzung. Vergleichlich spüren die deutschen Imperialisten auf ihre Hilfe. Die proletarische Revolution wird die Forderungen erfüllen, und nur sie, die das wertvolle Elsaß-Lothringen stellt. Bis dahin wird kein Poincaré und kein anderer Agent der französischen Bourgeoisie trotz aller Verfolgungsmaßnahmen das elssäffische „Malaise“, das historische „Unbehagen“ beseitigen, auch wenn er ebenso erfolglos wie Bismarck und sein Staatsapparat mit aller Macht der imperialistischen französischen Republik die elssäffringischen Arbeiter und Bauern noch unzweideutiger als gegenwärtig lehrt, was bürgerliche Demokratie und republikanische Freiheit bedeuten.

Rosse ante porta

Berlin, 3. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Während die rechte und die zentristische SPD-Presse über unsere Mitteilung von der Reichstagskandidatur Rosse Schweigt oder sie als innere Angelegenheit der SPD erklärt, veröffentlicht die theoretische Zeitschrift der linken SPD, der Klassenkampf, unter der Überschrift „Rosse ante porta“ einen Artikel mit der Mitteilung, daß Rosse im Wahlkreis Weser-M. kandidieren wird. Der Klassenkampf schreibt dazu: „Zunächst hat sich Rosse

Weis — Rosse



Weis: Herzlich willkommen, mein lieber Justiz, einer wird bald wieder Bluthund sein müssen!

nur in einem Unterbezirk dieses Wahlkreises in Emden-Kutte festgelegt, wo er jetzt eifrig Versammlungen abhält. Über seine Kandidatur hat er „nur so nebenbei“ nach den Versammlungen mit einigen Vertrauten gesprochen. Am Vortag lädt sich angenehm plaudern. Rosse verschmäht deshalb auch nicht, sich nach vielen Jahren mit Arbeitern wieder einmal an einen Tisch zu setzen. So stehen seine Aktionen zurzeit nicht schlecht, und das um so weniger, da einige Bezirksvorstandsmitglieder Rosse Kandidatur eifrig propagieren.“

Rosse wollte im Jahre 1920 in Chemnitz kandidieren. Die Empörung der Arbeiter verhinderte dies. Ein Versuch, 1924 in Harburg zu kandidieren, wurde auch durch die empörten Arbeiter zurückgeworfen. Die Arbeiterchaft muss auch jetzt den Versuch, zurzeit der schärfsten Offensive des Kapitals, Rosse als Kandidaten aufzustellen, entkräften zurückweisen. Die SPD will durch diese Kandidatur die Zuverlässigkeit zur Großen Koalition beweisen.

Oppositionelle Arbeiter fehren zur Partei zurück

Eine Hochburg der Ultralinken war bis vor Kurzem noch der Stadtteil Dresden-Ost der KPD und die 1. Abteilung des RSB. Auf einer 10-Jahre-USSR-Akademie dort wurde als Redner noch Urbahn angefordert und konnte inreden. Jetzt aber sind 42 Genossen und Kameraden, die bisher auf dem Boden der

Moskau-Gruppe standen, zur Partei bzw. dem RSB zurückgetreten und die Mehrzahl der Genossen, die diesen Schritt noch nicht mitgemacht haben, lehnen die von Rosse beabsichtigte Neugründung und Spaltung der Partei entschieden ab und werden früher oder später ebenfalls den Weg zur Partei zurückfinden. Die Erklärung des Suhler Volkswillens zum Reichsorgan der Rosse-Partei, die Kampagne, die die Spaltung in Breslau auf Abdankung der Schlesischen Arbeiterzeitung durchgeführt hat, hat den oppositionellen Genossen die Augen vollends geöffnet über den Kurs, den Rosse steuert.

Die Gesamtpartei begrüßt diese Entwicklung freudig. Sie öffnet ihre Tore allen Genossen, die die Schlüsse der Komintern und der KPD als bindend anerkennen, die Parteidisziplin halten und Fraktionsmachierei ablehnen.

Die Moskauer Parteifunktionäre stehen zum Parteitag

Moskau, 31. Dezember 1927.

In der Versammlung der Moskauer Parteifunktionäre berichtete Genosse Rudjatow über die Ergebnisse des 15. Parteitages. Er hob die Bedeutung der Parteitagsbeschlüsse über die grundlegenden Probleme der internationalen und der inneren Politik der Partei sowie über die neuen Aufgaben des Wirtschaftsaufbaus hervor. Gen. Rudjatow legte kurz die Beschlüsse des Parteitages über die Opposition dar und teilte auf die Frage eines Versammlungsteilnehmers mit, daß bis jetzt Kamenski, Sinowjew, Zemdinow und andere Oppositionelle in individuellen Erklärungen um ihre Wiederaufnahme in die Partei ersucht haben, während die Trotzki-Gruppe noch nichts von sich hören läßt. Unter großem Beifall der Versammlung erklärte Genosse Rudjatow in bezug auf die „schwierigen Oppositionellen“, daß der Staat der proletarischen Diktatur dem geringsten Versuch einer illegalen, sowjetfeindlichen Tätigkeit mit voller Strenge entgegensteht.

Die Versammlung nahm eine Entschließung an, die die Beschlüsse des 15. Parteitages voll und ganz billigt. Die Entschließung stellt die Erstarkung der revolutionären Bewegung in Europa und den Beginn eines Aufschwunges im Kampf der Unterdrückten Völker fest, weist auf die drohende Kriegsgefahr hin und erklärt, daß die Kommunistischen Parteien sich überall an die Spitze des Klassenkampfes stellen müssen. Die Kommunistischen Parteien müssen die Sozialdemokraten, die den Imperialismus unterstützen, sowie die Trotzkisten als Helfershelfer der Sozialdemokraten energisch bekämpfen. Der 15. Parteitag — erklärt die Entschließung — erteilt neue Direktive zum Zwecke der Beschleunigung der Industrialisierung des Landes, der Entwicklung der kollektiven Bodenwirtschaft, der Verbesserung der Arbeit der Kommunisten im Dorf und der Heranziehung breiter weltlicher Massen zur Arbeit der Sowjets, der Gewerkschaften, der Genossenschaften u. a. Die Versammlung ruft alle Parteimitglieder auf, an der Durchführung dieser Direktive mit ganzer Energie mitzuwirken und stellt mit Genugtuung fest, daß der 15. Parteitag die Opposition endgültig liquidierte.

Entschließung des Kommunistischen Jugendverbandes

Moskau, den 1. Januar 1928.

Das JK des Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion nahm eine Entschließung an, die die Beschlüsse des 15. Parteitages billigt und hinsichtlich der Opposition erklärt, daß der Beschluß des Parteitages, wonach die Zugehörigkeit zur Opposition mit der Zugehörigkeit zur Partei unvereinbar sei, auch für die Kommunistische Jugend bindend sei. Demzufolge fordert das JK die lokalen Organisationen auf, gegen die trotskistischen Elemente mit voller Strenge vorzugehen.

Das Freibergerlied —

Reichswehrbeleidigung

Der Leiter des Pirnaer IGS, Genosse Wissler, zu Gefängnis verurteilt!

Dresden, den 2. Januar.

Das Gemeinsame Schöffengericht zu Dresden verurteilte den Arbeiter Karl Wissler, Pirna, als Leiter der Pirnaer Ortsgruppe des Jung-Spartakus-Bundes wegen Reichswehrbeleidigung zu drei Wochen Gefängnis. Der Grund ist ein geradezu handaläufig: Bei einer Demonstration am 12. Juni vorigen Jahres sollen die Mitglieder des IGS u. a. das bekannte, zu tausenden Malen in ganz Deutschland gesungene „Freibergerlied“ angestimmt haben, dessen Refrain bekanntlich lautet:

„Der Reichswehr, der schwören wie Rache
für vergossenes Arbeiterblut!“

Das Reichswehr-Kreiskommando hatte daraufhin Strafantrag gegen Wissler ge stellt, und die Staatsanwaltschaft brachte es fertig, gegen Wissler Klage zu erheben, obgleich das Lied, entstanden nach dem Reichswehrmarsch in Sachsen, eines der populärsten Demonstrationslieder geworden ist und seit Jahren überall gesungen wird, ohne daß bisher je gewagt worden war, dies als „Beleidigung“ auszulegen. Weiterhin hatte damals Wissler nicht einmal die Leitung des Jugs, hatte ebenso dieses Lied nicht gesungen, und von einer ganzen Gruppe Polizeibeamter behaupteten nur einige mit Bestimmtheit den Text des Liedes aus den Reihen des IGS lummend gehört zu haben. Wie unter faßelalem Regime wurde vom republikanischen Gericht für das Singen eines proletarischen Kampfliedes die geradezu ungeheurelle Strafe von 6 Wochen Gefängnis ausgeworfen, die in eine Zuschlagsstrafe von 3 Wochen zu einer früher erkannten politischen „Landfriedensbruch“-Strafe von 6 Monaten Gefängnis umgewandelt wurde.

Die republikanische Justiz hat damit ein für allemal verboten, die Behauptung weder in Gedicht noch in Gefangsform aufzustellen, daß die Reichswohr jemals Arbeiterblut vergossen hat. Welcher sächsische Arbeiter wird dabei nicht an Pirna und Freiberg, welcher deutsche Prolet nicht an Berlin, Mitteldeutschland und Ruhrgebiet denken? Das Gericht aber verbietet zu singen:

„In Freiberg sind viele gefallen,
In Freiberg flößt Arbeiterblut...“

Denn das Vertrauen des Volkes zu „seiner“ Gehör-Wehr darf nicht untergraben werden!

Genosse Baillant-Gonturier im Gefängnis

Paris, 1. Januar. Nachdem die gegen den kommunistischen Abgeordneten Baillant-Gonturier erkannte Strafe von drei Monaten Gefängnis wegen eines Artikels gegen Mussolini rechtsträchtig geworden ist, hat der kommunistische Abgeordnete die Aussöhnung erhalten, sich am Montag nachmittag zur Verbüßung seiner Strafe zu stellen.

Witterungsdienst für den 3. und 4. Januar: Meist lebhaft, über Süd nach Nordwest sich drehende Winde. Allmähliche Temperaturzunahme. Im Laufe des Mittwochs zunahme der Trübung und nachmittags Auftreten von Niederschlägen. Im Gebirge nur geringe Temperaturminderung. Sonst wie Flachland.

Aus aller Welt

Hungernot

In China

III. London, 2. Jan. Wie aus Peking gemeldet wird, teilt die chinesische Handelsammer mit, daß in den Monaten November und Dezember in Peking 1200 Geschäfte geschlossen wurden. Ein Polizeibericht besagt, daß im Dezember über 500 Chinesen den Hungernot landen oder auf den Straßen ersticken aufgefunden wurden. Die Hilfsorganisationen zur Beseitigung der Hungernot haben an alle Note-Kreuz-Organisationen dringende Telegramme zur Unterstützung der Bevölkerung in der Provinz Schantung gerichtet. Etwa vier Millionen Menschen sind von der Hungerkatastrophe in Mittelchina betroffen.

In Manchukuo und in der Herzegowina

III. Berlin, 2. Jan. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Manchukuo ist wegen der Schneeverwehungen in einige Gebiete Bosniens und in der Herzegowina eine Hungersnot ausgebrochen. Der Kreislauf von Manchukuo hat für die Versorgung dieser Gebiete einen Betrag von 500 000 Dinar bewilligt. Es ist aber fraglich, ob die bedrohten Gebiete mit Lebensmittel versorgt werden können, weil der Verkehr noch immer erschwert ist.

Typhus in Oberschlesien

III. Berlin, 2. Jan. Wie ein Spätabendblatt aus Neustadt (Oberschlesien) meldet, liegen im dortigen Krankenhaus zur Zeit 15 an Typhus erkrankte Personen. Die Mehrzahl der Kranken stammt aus Wiesbaden.

Fest 200 Städte Kleinreich verbrannt

III. Paris, 2. Januar. In dem Schäßwall eines Bauerngutes in Bieblach bei Reims brannte infolge Krypschluss Feuer aus, dem 190 Schafe und 100 Lämmer zum Opfer fielen.

Dauerregen in England

III. London, 2. Jan. Der seit 12 Stunden ununterbrochen niedergehende Regen hat bereits zu Überschwemmungen in verschiedenen Teilen Englands geführt. In Süden und Mittelengland sind einzelne Gebiete überschwemmt. Der Fluß Aire in der Grafschaft Sussex ist heute über die Ufer getreten und hat verschiedene 100 Meter Landes überschwemmt. Die Themse füllt rasch, und man befürchtet, daß sie an verschiedenen Stellen über das Flussbett treten wird.

Die schwedische Westküste von einer Eisblödade bedroht. III. Stockholm, 2. Januar. Sechs Dampfer befinden sich südlich Västra von Trelleborg eingeschlossen in einer sehr frischen Böe. Die Not der schwedischen Fischer in diesem Gebiet ist sehr groß, da der Fang durch die Eisblöden fast unmöglich gemacht wird.

Die russischen Schneestürme abgestaut

III. Riga, 2. Jan. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind die schweren Schneen, die in ganz Russland in der letzten Woche wüteten und den ganzen Verkehr lahm ließen, abgestaut. Die Schneeverwehungen haben stellenweise eine Höhe von 3 Meter erreicht. Aus allen Teilen Russlands wird über eine grobe Wollsslage berichtet.

Schneestürme im fernen Osten

III. Kowno, 2. Jan. Wie aus Wladivostok gemeldet wird, hat der Schneesturm, der frölich auf der östlichen Insel Honko niederging, auch die Insel Sachalin erfaßt. Infolge der heftigen Bewegungen mußte der gesamte Verkehr auf der Insel stillgelegt werden. Auch die Verbindung mit dem Festland ist unterbrochen. Von Wladivostok aus werden Maßnahmen getroffen, um die Verbindung wiederherzustellen.

Neue Kältemelle im Osten

III. Warschau, 2. Januar. Aus Südpolen ist gegenwärtig wieder eine neue Kältemelle im Anzuge. In Lemberg, Tarnopol und Zakopane herrschen heute morgens fast 20 Grad Kälte, in Warschau wurden 10 Grad und in Nordpolen 4 bis 5 Grad gemessen. Schneefälle sind in den letzten Tagen nicht mehr erfolgt. Den Wetterberichten nach soll die Kälte wieder zunehmen.

Die neue Hochwasser Katastrophe in Algerien

III. Paris, 2. Jan. Wie bereits gemeldet, ist das Departement Oran in Algerien zum zweiten Male von einer Hochwasserkatastrophe betroffen. Zahlreiche Bauernhöfe sind durch das Wasser einschlossen. Die nach Mokaganem und Mascara führenden Straßen und Schienenwege sind an mehreren Stellen unterbrochen worden. Oran steht jetzt wie vor einem Monat völlig isoliert. Im Marinaport der Stadt sind mehrere Häuser eingestürzt. In Miseribin wurde ein Kloster, in dem sich ein Kloster für alte Frauen befindet, unter Wasser gesetzt. Das Schwesternkloster wurde ebenfalls überflutet. Gendarme und Einheimische konnten nur unter Auseinandersetzung aller Kräfte die Insassen der beiden Gebäude retten.

60 Todesopfer eines Schneesturmes

III. Berlin, 2. Januar. Wie ein Spätabendblatt aus Tokio meldet, sind während eines Schneesturmes, der auf Honko, der Hauptinsel Japans, wütete, 60 Personen umgekommen. Der Schnee liegt stellenweise meterhoch.

Schwere Schneestürme in den Vereinigten Staaten

30. Totale

III. Berlin, 2. Januar. Wie ein Spätabendblatt aus Chicago meldet, steht ein furchtbarer Schneesturm, verbunden mit schärfster Kälte, den gesamten mittleren Westen heim. Zahlreiche und kleinere Ortschaften sind bereits durch die Schneeverwehungen von der Außenwelt abgeschlossen. Nach den bisherigen Feststellungen sind insgesamt 19 Personen dem Unwetter zum Opfer gefallen.

Der Kampf um den Dawesplan und die Aufgaben des Proletariats

Von M. Hoop.

Der Dawesplan beginnt bei den deutschen Bourgeoisie unangenehm zu werden. Nicht etwa, daß ihr Skrupel ankommen, während sie, um trog der Reparationslasten noch genügende Mittel zu erhalten, die Lebenshaltung der breiten Massen durch Monopolpreise, Zölle, unerhörte Steuern, Mietwucher, Lohnentzug usw. gewaltig herabsetzt und unabrechliches Elend erzeugt. Die Bourgeoisie kennt keine Skrupel; sie verschucht die Leiblern durch Jagzband, Charleston, Vogtkämpfe — schrecklich die Leiblern durch Jagzband, Charleston, Vogtkämpfe —

Der Dawesplan ist eine geschäftliche Angelegenheit. Eine Revision bedeutet größere Profitmöglichkeiten und verstärkte Konkurrenzpositionen auf dem Weltmarkt. Deshalb predigt der neue deutsche Imperialismus durch seinen Führer, den Reichspräsidenten Schacht, Revision des Dawesplanes.

Die englische Bourgeoisie „hängt sich hinein“ in diese Lösung. Herr Keynes, der Wirtschaftswissenschaftler der englischen Finanzmagnaten und Bausenfreund Toni Sender, betrachtet die Unmöglichkeit der Durchführung des Dawesplanes und des Transfers, weil — nun weil Chamberlain und Keynes die Schulden der englischen Imperialisten mit Amerika gleichzeitig „regeln“ möchten. Das englische Imperium gerät in eine immer gefährlichere Situation. Im wesentlichen existiert das kapitalistische England von den Profiteuren aus den Dominions und Kolonien. Diese Profiteure werden immer unsicherer. Einmal weil der amerikanische Imperialismus in Verfolg der Monroe-Doktrin (Amerika den Amerikanern!) ständig mehr Kapital in Kanada investiert und demzufolge die panamerikanische „Deslogie“ in Kanada sich in Süß und Mittelamerika friedlich und mit Gewalt — wie dies gerade trifft — festigt. Zum anderen, weil „im Herzen des amerikanischen Vaterlandes“ alle Böller — die sich als Ausbeutungsobjekte benennen lassen — „Blas haben“, sucht die „ehrenwerte“ Herrschaft aus der Wallstreet (dem Zentrum der amerikanischen Finanzmagnaten) durch Kapitalexport in Australien, Ankau von Gummiplantagen in Übersee, Anlagen von Talsperren in Austrailia vorzudringen. Kurzum, der amerikanische Imperialismus „stört“ den serösen englischen Ausbeuter in seinen „verbrieften Rechten“.

Zu dieser Gefährdung der Profiteure und der Einflussphären kommt eine „Kleinigkeit“, die John Bull total nervös macht. Wenn man schon mit einem salafaktionsfähigen Gegner kämpfen muß — nun, das kann einem Gentleman passieren. Wenn aber die Kolonialslaven an den Ketten rütteln, wenn der Protest, der Bauer Chinas die „Kulturtäger“ aus dem Lande zu vertreiben strebt, wenn der Ziegelflüsse Indiens sich erlaubt, zu streiken, und im Verein mit den hunderten Missionen Bauern und Kleinbürgern „Mutter“ Britannia nicht mehr dulden will, hört die Gemüthsfeuer auf. Was soll Old England machen? Es ist unmöglich, sich der wachsenden Radikalisierung der Arbeiter in England selbst zu erwehren. Die Industrie ist technisch zurückgestiegen, die Kohlenproduktion befindet sich, trotz der Niederwerfung der Bergarbeiter, trotz des Versaales der Reformisten, in händigem Niedergang. — Gewiß, noch ist es möglich, durch das Abschlagen einiger tausend dänischer Arbeiter und Bauern, durch Freunde, wie Tschangafisch und Kampani, durch die „Befreiung von Missionaren“ vermitteltes der Kanonenboote den 400 Millionen starken Riesen zu bändigen, aber was zum Teufel soll werden, wenn das nicht mehr möglich ist?

Erstens geht der Profit flöten. Zweitens werden die englischen Arbeiter ungernmüllig.

Die Flamme der sozialen Revolution zündet am Hause empor, da gilt es, mit verstärkter Kraft, mit „willenshafter Gewaltigkeit“ dem Gentleman aus der Wallstreet nachzuweisen, daß es mehr als toll ist, einige Posten aus dem Konto der Kriegsschulden zu streichen.

Es ist aber außer Wissenschaftlichkeit und Gerechtigkeitssinn — zumal die leidigen Angelegenheiten in Kanada, Australien und Afrika unangenehm in Erscheinung treten — erforderlich, Bundesgenossen zu finden. Die Überzeugungsarbeit wird erhöht. Da kommen die Wünsche der Jünger Pius aus Deutschland gerade recht, um mit Uncle Sam ein ernstes Wort zu reden. Die gefährliche Situation des englischen Imperialismus und die Interessen des neuen Imperialismus führen sie zusammen. Deshalb kämpfen sie in einer Front zur Revision des Dawesplanes.

In USA sind jedoch ebenso gerissene Schieber wie in England oder Deutschland. Die Antwort erfolgte in einer Volksrede von George P. Bush unter dem Titel: „Der Dawesplan und die neue Wirtschaftswissenschaft“. Das Vorwort zu dieser gegen Keynes gerichteten Streitschrift ist von Rufus C. Dawes. Der Inhalt: Der Dawesplan bleibt bestehen, der Transfer ist möglich.

Der bürgerliche Film an der Jahreswende

Während sonst der Jahresabschluß für die Herren der deutschen Filmindustrie ein lächerliches Intermezzo mit einer größeren Ausgabe für Seitens auf Konio Handlungsumfosten bedeutete, erscheint ihnen dieses Elsackter weit eher als ein Zug- und Betttag. Bei gedämpften Prophezeiungen halten sie Ausschau auf ein trübes Jahr und das gegossene Blei zeigt ihnen eine angewisse Zukunft. Der Pleitegeier hat ihre Neiben sichtbar geschnitten und die Überlebenden hoffen schon voraus das unheimliche Gerüsch von plakativen Werbestränen. Mit scheueln Augen sehen sie die Neujahrswünsche der glücklichen Amerikaner. Sie wissen, der Löwe wünscht den Lämmern kurz vor dem Tod ein gutes Wohlbedürfnis.

Sie gedachten wahnsinnig der Zeiten, da die deutsche Regierung ihnen durch das Kontingentgesetz für jeden Film eine Prämie verschaffte. Da der deutsche Markt noch jeden Mist verdaut, hätten die einfühlsamen Amerikaner mit der übermäßigen Steigerung der Produktion ihnen nicht den Markt verloren, dann brauchten sie heute nicht die Köpfe zu hängen. Aber das wäre nicht das Schlimmste. Nein, erst hängen die Yankees die Deutschen am Kontingentgesetz auf und dann zwängen sie ausgerechnet die Rechtsregierung alle Einfuhrzuschranken für Filme für 1929 aufzuhoben. Nun sagen die deutschen Verleiher auf hundert Filmen und finden keine Theater dafür. Fünf Firmen sind schon am Überfluß erstickt und viele andere sind nahe daran. Die kleinen Firmen sterben aus und die großen — laufen die Amerikaner. Once Kämmle aus USA wird die Überreste der Phobus erwerben, damit Herr Sämling endlich im Reichstag die Grabrede auf die Missionen halten kann, die Kapitän Lohmann von Gekler — geblieben hat. Die stoße Emma hat ihre bayrischen Belange gegen gute Dollar an eine amerikanische Gruppe veräußert. Stolz steht noch einschließlich die Klänge bei Ufa, Terra und National. Das sind so ähnlich die letzten Reste einkörper Brüder. Sonst wird in der oberen Friedrichstraße nur englisch gesprochen.

Damit ist die Angelegenheit natürlich nicht erledigt. Der ideologische Feldzug wird noch eine Zeitlang geführt werden. Mindestens bis zur Reichstagswahl. Und die verschiedenen Fraktionen der deutschen Bourgeoisie werden im Wahlkampf der kommenden Mittwoch verhandeln, daß sie für die Revision des Dawespaltes „kämpfen“ werden mit ebensolcher Treue „für das Vaterland“ oder „für die Republik“, wie sie von 1914—1918 „kämpften“, und wie sie 1924 für den Dawesplan eintreten, ob das nun monatelang, wie durch SPD und DVP, oder nur während der Abstimmung durch die Deutschnationalen geht. Gleichzeitig werden die Kreaturen des neu-deutschen Imperialismus wieder ihm unter den verschiedensten Aufmachungen dienen, Old England als den treuen Bundesgenossen feiern — bis sie nach der Wahl mit denselben Überzeugungskreisen den Herren aus der Neuhörker Wallkreis die Hand laden und aus der Krippe des mächtigsten freuen. Für die Arbeitersklasse in Deutschland ergibt sich aus dieser Perspektive folgendes:

Die amerikanischen Finanzherrn halten fest, was sie haben. Der neue deutsche Imperialismus wird gewungen sein, die Lebenshaltung der breiten Massen sowohl des Proletariats, wie auch der Kleinstadt und armen Bauern weiter herabzudrücken. Die sozialen Kämpfe werden schärfere Formen annehmen. Die Bourgeoisie trifft jetzt schon „Sicherungen“ durch die Diktaturpläne.

Aufgabe aller Kommunisten muß es sein, unermüdlich den Agenten der Bourgeoisie, den Reformisten entgegenzutreten, die Arbeiter über die Zusammenhänge aufzuklären, sie ideologisch und organisatorisch auf die Kämpfe vorzubereiten. Jede Zelle, jede Fraktion in den Massenorganisationen muß die Gefahren und die Aufgaben, die Verantwortung erkennen und danach handeln.

Zwei Wege, zwei Möglichkeiten sind gegeben. Entweder das Proletariat wird in einem imperialistischen Krieg als Kanonenfutter „verwendet“ von der Bourgeoisie, oder es beteiligt den Stütz der Bürgerblöcke gegen vor zur Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung. Entweder, oder.

Das Proletariat wird unter Führung der Kommunistischen Partei einen Weg gehen.

Ein frecher Übergriff der preußischen Klassenjustiz

Genosse Hinz, Königsberg, hatte eine 1½-jährige Festungshaft in Gollnow anzutreten. Er sollte sich in Gollnow am 10. Dezember melden. Da Genosse Hinz als Arbeiter nicht das Fahrgeld aufbringen konnte von Königsberg nach Gollnow, meldete er sich rechtzeitig beim Oberrechtsanwalt ordnete dieser Ziviltransport an. Am 14. Dezember wurde Genosse Hinz plötzlich verhaftet, obwohl er sich erst für den 15. Dezember bereithalten sollte. Genosse Hinz wurde sofort in Polizeigewahrsam genommen, trotz Protest wurden ihm Uhr, Geld und Rauchwaren abgenommen, dann wurde er am 15. Dezember im Gefangenstransportwagen unter Schutzbedeckung nach dem Bahnhof gebracht. Dort wurde er einem Sammeltransport angegliedert. Die Mitnahme seiner Effekten, außer Wäsche, wurde abgelehnt. Am 15. abends wurde Hinz im Gefangenstransport Stolp abgeleitet und mit zehn Mann in eine Zelle gesperrt. In Stettin, woher er wieder mit einem Sammeltransport kam, wurde er mit uniformierten Zuchthäuslern gefesselt dem Polizeipräsidium überwiesen und erst von hier aus am 18. durch einen Ziviltransporteur nach Gollnow gebracht.

Auf seine wiederholten Proteste gegen diese willkürliche Brutalität beim Transport zu Festungshaft erhielt Genosse Hinz die Erwidерung, diese Form Transporte ist schon seit 20 Jahren üblich.

So springt die preußische Klassenjustiz mit Proletarien um, deren einziges Vergehen ist, die Interessen ihrer Klasse und Partei vertreten zu haben. So übertrifft die preußische Klassenjustiz an Brutalität noch die Schergen des Reichsgerichts. Auch ein Erfolg sozialdemokratischer Koalitionspolitik.

Sozialdemokratisches Betrugsmäntel wegen der verlängerten Wartezeit

E. St. Die Verordnung der Reichsanstalt über die verlängerte Wartezeit hat eine gewaltige Empörung unter der Arbeiterschaft ausgelöst. In vielen Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen nehmen die Arbeiter zu diesem Schandelsch Stellung.

Die SPD-Führer und die Gewerkschaftsbürokratie sehen, wie mit einem Male die Arbeiter zu der Überzeugung kommen, daß dieses Gesetz sich gegen die Arbeiterschaft auswirkt und einen Vertrag an der Arbeiterschaft darstellt. Ueberall dort, wo noch vor wenigen Monaten das Gesetz degradiert wurde und die Warnungen der Kommunisten unbeachtet blieben, wächst jetzt die Erkenntnis, daß die Kommunisten die einzigen waren, die die Gedanke und den Umfang des Vertrages erkannten.

In dieser Situation versucht die SPD als erklappter Betrüger ein falsches Ablenkungs- und Betrugsmäntel zu organisieren. Ihre Zeitungen, die nie für die Erwerbslosen zur Verfügung standen, enthalten mit einem Male Proteste gegen diese Verordnung und darüber hinaus eine schärfere Kritik gegen die Willkür der Arbeitsämter. Ja, man geht sogar so weit, von den unteren Stellen eine Protestbewegung zu organisieren, die unteren Funktionäre sollen sich radikal ausspielen, um die Arbeiter bei der SPD zu halten und den Vertrag der Führer zu verdecken.

So versendet der Bezirksvorstand der Baumwollgewerkschaft in Frankfurt a. M. ein Kundschreiben an die einzelnen Ortsgruppen mit der Aufforderung, öftlich geeignete Schritte zu unternehmen und eine Protestbewegung gegen die Verordnung zu machen. Es wird empfohlen Protestkundgebungen an das Landesarbeitsamt resp. an die Reichsanstalt zu machen. Als „Kampfmöglichkeit“ wird empfohlen, die Verordnung dadurch zu umgehen, daß die Arbeiter vor Ablauf der 6 Monate sich einen Tag erwerbslos melden sollen und dann in einem anderen Betrieb Arbeit zu suchen. Ganz abgesehen, daß diese „Bauerschauheit“ wegen der allgemeinen Baumwolle gar nicht durchgeführt werden kann, ist auch die reformistische Feigheit bewußt aus diesem Kundschreiben ersichtlich. Zu seige sind die reformistischen Führer, den Kampf gegen die Verordnung und gegen das Gesetz aufzunehmen. Denn die bürgerlichen Parteien würden sofort beweisen, daß nur durch die Schuld der SPD allein dieses Gesetz angenommen wurde, und daß die sozialdemokratischen Mitglieder im Verwaltungsrat dieser Schandbestimmung ihre Zustimmung gaben. Die Protestbewegung soll also nur dazu dienen, die Stimmung der empörten Arbeiter auszuhängen.

Darüber hinaus scheut sich aber die sozialdemokratische Presse nicht, mit ganz offener bürgerlicher Veröffentlichungen die Arbeiterschaft zu blaffen. Die Abendausgabe des Vorwärts vom 29. Dezember bringt eine Notiz über die Wartezeit der Arbeiterschaften. Es heißt dort u. a.:

„Der starke Protest der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Presse ist nicht ohne Wirkung geblieben. Eine ganze Reihe von Landesarbeitsämtern, z. B. Frankfurt a. M., Köln, Hamburg und andere haben die vorgesehene neue Wartezeit verkürzt, so für Bauarbeiter, die wegen Arbeitsmangel erwerbslos wurden, auf drei Tage, und solche, die unmittelbar durch Witterungseinflüsse erwerbslos geworden sind, auf sieben Tage.“

Da wird ganz richtig festgestellt, daß die Landesarbeitsämter für die anderen Saisonarbeiter die Wartezeit auf drei Wochen verlängern können. Es wird den anderen Arbeitsämtern empfohlen, sich dem Vorgehen von Köln usw. anzuschließen.

Diese Notiz stellt ein ganz unverhohlenes Betrugsmäntel der sozialdemokratischen Presse dar. Erstens mal hat es des Protestes der Arbeiter bedurft, und unter dem Druck der Erwerbslosen wurde ein schärfster Protest in der SPD-Presse veröffentlicht und Blitzejagde an die Reichsanstalt gerichtet. Aber sonst ist es auch ausgemachter Schwund, was in der Notiz steht. Denn für Bauarbeiter, die wegen Arbeitsmangel erwerbslos wurden, gilt die im Art. 1 vorgesehene Wartezeit, die entsprechend dem § 110 drei Tage beträgt. Also hier ist die Verkürzung überhaupt nicht vorgenommen worden. Außerdem können die Landesarbeitsämter von sich aus eine generelle Verkürzung der Wartezeit entsprechend der neuen Verordnung überhaupt nicht durchführen. Die Verkürzung auf sieben Tage kann vor genommen werden, wenn die betreffenden Arbeiter in früheren Jahren andere Arbeit zu übernehmen pflegten, diese aber wegen jünger ungünstiger Wirtschaftslage nicht finden können. Gemeiner ist wohl noch niemals die Arbeiterschaft belogen worden, als es hier im Vorwärts geschah. Das ist ein typischer „Sieg“ der SPD. Im übrigen untersteht ja das Landesarbeitsamt Berlin dem Sozialdemokraten Brühl, und gerade hier in Berlin entzieht man auch den Bauarbeitern auf zwei und drei Wochen die Unterstellung, die wegen Arbeitsmangel entlassen wurden.

Im übrigen muß jetzt auch die SPD-Zeitung zugehen, daß die Landesarbeitsämter das Recht haben, generell für alle Saisonarbeiter die Wartezeit auf drei Wochen zu verlängern, und wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratische Presse in den Verwaltungsausschüssen sich genau so reaktionär wie die Unternehmer betätigen werden.

Am besten wird jedoch das Schandspiel der SPD entlarvt, wenn in den Gemeinderäten und Stadtparlamenten die kommunistischen Anträge auf Beseitigung der Ausnahmedestimmung und Unterstützung für die davon betroffenen Arbeiter gestellt werden. In allen wichtigen Städten und in vielen Ortsparlamenten sind es ausgerechnet sozialdemokratische Abgeordnete, die gegen die Anträge sprechen und abgegenstimmen. Wir können Dutzende von Beispiele aus den letzten Tagen nennen, wo die SPD sich als Steigbügelpatrulie des Bürgerblods entlarvt. Also unten schändbare Protestbewegung und an den entscheidenden Stellen Vertrag. Die doppelte Rolle der SPD muß daher von jedem Arbeiter erkannt werden. Es handelt sich nicht darum, ob es nun gelingt, die Wartezeit auf sieben Tage zu verlängern, es handelt sich um die Beseitigung der Wartezeit überhaupt. Es handelt sich um den Kampf der gesamten Arbeiter gegen das Schandspiel und gegen die reaktionären Arbeitsämter. SPD und Gewerkschaftsbürokratie versuchen diesen Kampf zu verhindern, die Arbeiter müssen gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und den Erwerbslosenausschüssen ihn dennoch organisieren und ihn bis zum Erfolg führen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in Frankreich

Tu. Paris, 20. Dez. Seit längerer Zeit ist zum ersten Mal wieder in Frankreich eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. In der Vorwoche ließ die Zahl der Arbeitslosen von 11.267 auf 12.375.

28000 Arbeitslose in Dresden!

Innernhalb weniger Tage um 10000 gestiegen

Einem Bericht des Dresdner Arbeitsnachweises entnehmen wir folgende, für die Lage des Dresdner Arbeitsmarktes charakteristische Stellen:

"Nachdem seit April die Zahl der Arbeitsuchenden beständig abgenommen hatte, trat nach einem Bericht des Dresdner Arbeitsnachweises Mitte November ein empfindlicher Rückschlag ein. Durch den plötzlich eingeschlagenen Schneefall und anhaltenden Frost mussten fast alle Außenarbeiten eingestellt werden, so daß sich die Zahl der Dresdner Arbeitslosen in kurzer Zeit um rund 10000 erhöhte."

Während in den Anhängerzügen die Zahl der Bevölkerungshörigen des Baugewerbes und Gartenbaues in der vergangenen Woche bedeutend gestiegen ist, miedete die Landwirtschaft genügend Stellen. Insbesondere wurden gute Pferdehufe, Arbeitsburkens und weibliches Personal aller Art verlangt.

In Industrie und Handwerk war die Lage im allgemeinen sehr ruhig. Das Bekleidungs-, Holz- und Tapaziergewerbe, sowie die Metallindustrie haben sich gewünscht, umfangreiche Entlassungen vorzunehmen. Dogegen benötigte die Hüttenindustrie und das Friseurgewerbe perfekte weibliche Kräfte. Ungelehrten Arbeitern konnte als Lohnarbeiter und Aushilfen bei der Reichseisenbahn eine Verdienstmöglichkeit zugewiesen werden.

Die Zahl der Arbeitsuchenden ist in dieser Woche um 1000 auf 28218 (26820) gestiegen. Aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung wurden 18469 (15524) und aus denen der Kreisfürsorge 3736 (3736) Bollerwerbslose unterstützt. Kurzarbeiterunterstützung erhielten 217 (226) Personen. Bei Notstandsarbeiten waren 86 (18) Mann beschäftigt."

Die Zahlen kommen nicht bis an die in den Zeiten schlimmster Erwerbslosigkeit verzeichneten heran. Selbstverständlich wird von höherer Stelle aus eine allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage bestritten. Die Zahlen aber beweisen mehr als diesen Herrschasten lieb ist. Sie zeigen, daß die Konjunktur in der Industrie auf recht schwankenden Boden gebaut ist. Gewiß, hat sich die deutsche Industrie einen Teil ihres Auslandsmarktes auf Grund von Schleuderpreisen zurückeroberzt. Dies könnte sie aber nur, weil der Arbeiterschaft jämmerlich niedrige Löhne bei Höhlinger und oft noch längerer Arbeitszeit gezahlt werden. Auch dem optimistischen Arbeiter zeigt sich hier mit einer an Klarheit nichts zu wünschen übrig lassenden Deutlichkeit nicht zu beseitigen vermag. Sie ist zu einer Dauererscheinung — die bald schwächer, bald stärker, aber in bestimmter Höhe sich bewegt — geworden. Das Problem der Erwerbslosigkeit gewinnt damit logischerweise für die gesamte Arbeiterbewegung eine ungeheure Bedeutung. In letzter Zeit haben die Städte ihre Notstandsarbeiten außerordentlich stark eingeschränkt. Die Arbeitslosen sollen durch lange Erwerbslosigkeit, die verbunden ist mit einer auf den Nullpunkt herabgesunkenen Aussicht auf Arbeit so stark demoralisiert und von ihrer Klasse entfremdet werden, daß sie in die Bettiege gehen und sich für niedrigere Löhne anbieten. Das wird dieser Gesellschaft nicht gelingen! Die gesamte Arbeiterschaft wird diesen Plan durch aktives Eintreten für die Forderungen der Erwerbslosen zerstören!

Donnerstag den 5. Januar 14 Uhr findet im Reichsbanner, Dresden-Neustadt, Königsbrücke Straße, eine Protestkundgebung der Dresdner Erwerbslosen statt. Referent ist Genosse Schneider, Dresden. Erwerbslose Dresdens, zeigt durch Massenbesuch, daß ihr in einheitlicher Front zu kämpfen gewillt sind!

Liederliche Sozialpolitik in Ruhland

so meint die Dresdner Volkszeitung vom 31. Dezember 1927. Ist dieses wahr? Jeden Tag neue Auflandbeziehungen durch die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen.

Besteht in Ruhland wirklich Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft, wie die Meldungen immer laufen? Muß Ruhland besiegt werden? Über diese Fragen spricht am Freitag dem 6. Januar 20 Uhr im Künstlerhaus, Eingang Grunaer Straße, der bekannte Berliner Stadtarzt

Dr. Max Hodann.

Er wird seinen Vortrag erläutern mit 60 Lichtbildern, welche Dr. Max Hodann auf seiner Studienreise durch Ruhland zum erheblichen Teil selbst ausgenommen hat. Arbeiter und Beamte, kommt in die Versammlung! Seht und hört, was ein anerkannter Mediziner, Stadtarzt und Schriftsteller als Richt-Kommunist über Ruhland zeigt und aussagt.

Zur Deckung der Kosten wird am Saaleingang für alle Mitglieder der proletarischen Organisationen 20 Pf., für alle Nichtorganisierten 40 Pf. erhoben. Mitgliedsbücher deshalb mitbringen.

Elbe-Werk

Zu unserem am 14. Dezember veröffentlichten Artikel über obige Firma sendet uns die Direktion der Elbe-Werke eine Verichtigung, die wir, obwohl sie nicht den preßgesetzlichen Bestimmungen entspricht, bringen. In der Verichtigung werden die von uns behaupteten Sachen im wesentlichen bestätigt. So kann z. B. nicht bestritten werden, daß es drei Direktoren gibt — zwei davon sind Titeldirektoren, wie hoch auch deren Einkünfte belaufen, wird verschwiegen. Beküßt wird, daß ein Auto „zum Aufholen der Kunden“ da ist, des weiteren, daß 18 Lehrlinge — wie hatten 15 geschrieben — beschäftigt werden. Was nun eigentlich berichtet wird, kann der Leser selbst beurteilen.

Es ist durchaus unwahr, daß in unserem Bureau die Heizung zu hoch arbeitet und der Aufenthaltsraum ein Dampfgleichgewicht hätte. Auch lägen da keine Schwerarbeiten und Großverdienste. Allerdings muß die Direktion schwer arbeiten, um in der heutigen schweren Zeit Aufträge hereinzuholen. Das Großverdienste fehlt jedoch, denn wir können nachweislich seit drei Jahren keine Dividende zahlen infolge der Unsicherheiten im Lande usw. Ferner wird unsere Werkstatt teilweise durch Dampfheizung erwärmt. Sonst haben wir Ofen- und zwar große Fabriköfen, die tadellos in Ordnung sind. Es hat allerdings bei schwierigem, d. h. trübem Wetter ein oder zweimal geraucht. Das ist nicht zu vermeiden, das kommt überhaupt einmal vor, aber niemals war unsere Werkstatt ein Gießerei, das ist wiederum unpaßt. Ferner ist es eine Unwahrheit, wenn Sie schreiben, die Werkzeuge und Maschinen sind verfallen. Im Jahre 1926 hatten wir wenig zu tun, 1927 war es besser und haben wir viele Werkzeuge und auch

Maschinen gekauft. Auch ist es unwahr, daß die Löhne und Alterspreise so niedrig sind, daß der Prolet schaffen muß, um sich warmzuhalten. Unsere Löhne liegen wesentlich über den Tarifen. Wir arbeiten im Alltag und verdienem die Quoten nachweislich bis 40 und 50 Prozent über dem Tariflohn, d. h. pro Woche also 50, 60 und auch 70 Mark. Auch haben wir nicht nur 15, sondern 51 Arbeiter, und auch nicht 15, sondern 18 Lehrlinge, dafür aber noch drei Frauen.

Ferner haben wir nicht drei Direktoren, sondern nur einen Direktor und zwei Herren, die Titeldirektoren sind. Ein Auto ist da, um die Kunden vom Bahnhof nach der Fabrik zu holen oder von der Fabrik nach dem Bahnhof zu bringen, weil wir sehr weit draußen liegen."

Kinder nachmittag der JUH

Wie alle Jahre die Internationale Arbeitschule den Kindern eine kleine Weihnachtsfreude bereitet, soll dies auch in diesem Jahre geschehen. Dieser Kinder nachmittag findet statt am Donnerstag den 5. Januar, 13.15 Uhr, im Kultuspalais der Bremer Platz. Wie ersuchen die Eltern, ihre Kinder darauf aufmerksam zu machen und dorthin zu schicken. Jedes Kind erhält ein kleines Geschenk. Für Unterhaltung ist reichlich gesorgt. Kinder unter 6 Jahren bitten wie nicht mitzubringen, damit keine Störung der Darbietungen erfolgt.

Nachtbetrieb

Tymians Thälmann-Theater

Einem anstrengenden Publikum wird dieser Schwanz von Franz Cornelius und das ihn aufführende Ensemble viel zu lohen geben. Manchem wird der Inhalt Antaz zu der Behauptung sein: "Es ist alles schon dagewesen." So unrecht wäre diese Behauptung nicht. Neu und originell ist an diesem Schwanz mit Tanz und Musik nicht viel. Man sieht, daß unsere "Dichterlinge" auf dem Gebiete des Lustspielmachens arg an der Nebenlieferung laufen. Cornelius kleidet um das düstige Gerippe dreier alte einige Redensarten und eine städtische Anzahl mehr oder weniger guter Worte, denen wir übrigens schon vorher in manchem Lustspiel, wenn auch in etwas anderer Form, begegnet sind. Alle Abgänge der handelnden Personen sind überaus verzweigt konstruiert, und es kommen gegen 10 Ver- und Entlobungen in dieser an einfachen Situationen so reichen Affäre vor. In einem ganzen Leben nicht viel — innerhalb 24 Stunden etwas zu viel sind 10 Ver- und Entlobungen nun doch ... Der Schwanz ist fertig!" dachte sicherlich Cornelius, als der letzte Federstrich am Manuskript getan war ... O nein! Das stimmt nicht ganz ... Fertig macht ihn erst Paul Beckers. Er — aber auch nur lediglich er, gegen dessen temperamentloses Spiel alle anderen etwas leicht ablecken — versteht es, in diesen "Nachtbetrieb" Leben hineinzubringen ... Er macht aus dem Fabellanten Karl Theodor Gleichenkraft, der in corpore mit dem zünftigen Schwiegersohn im "Venusberg" gezeichnet hat, nach Hause kommt und das Kleid der seiner Frau gehörenden Platin-Tischenuhr bemerkt, von ossem Anfang an eine ausgezeichnet farbliche Figur ... Dab er wegen der Tischenuhr, die er an eine Barde verloren hat, noch in den folgenden Aften eine Unmenge blöder Situationen, Momente und Witze erleben und machen muß, liegt nicht an ihm, sondern an dem Autor ... Das wirkliche Leben bietet wohl die Möglichkeit, einen im Suß verschwinten Wertgegenstand dadurch zurückzuverlangen — indem man ihn der Polizei gegenüber als gestohlen bezeichnet! Das ist auch meistens die Lösung derartiger Probleme im Alltag — auf der Bühne macht man's eben anders ... Warum auch? Es war noch niemals Aufgabe bürgerlichen Theaters, das Leben und seinen Inhalt bis zur letzten Konsequenz wahr zu zeigen.

Und soll man von Paul Beckers verlangen, daß in seinen Lustspielen Gesellschaftssatire enthalten ist ... Satire ist schwer zu verstehen, wenn man vorher nur leichte Lust zu sich genommen hat. Mit leichter Lust hat das Thälmann-Theater seine Besucher in leichter Zeit so gut geflüttet, daß die Gedanken gegen andere fast gerechtfertigt erscheinen" —

Immerhin: man lädt wenigstens und hat — das ist das Wesentliche — nicht viel Hintergedanken dabei... Wilm.

Rädelnsburg-Lichtspiele

"Ein schwerer Fall" mit Ossi Oswald. Ein Film voller lustiger Einsätze. Abwechslungsreiche Bilder, dabei gutes Spiel aller der vielen, im Nebenrollen tätigen Filmschauspieler. Im Hauptprogramm sieht man neben einer tollen Groteske einen Film, der die norwegische Handelsstadt Bergen im schönen klaren Bildern zeigt. Naturaufnahmen, wie man sie öfter sehen möchte. Kapellmeister Heiler versteht es nicht nur ausgezeichnet musikalische Filmmusik zu machen, sondern auch das Programm gut einzuleiten.

Den Verlegungen erlegen ist die Schlosserschreinerei Wissler, die, wie wir berichteten, am 23. Dezember auf dem Albertplatz dadurch verunlängt war, daß sie auf einen fahrenden Zug der Straßenbahnslinie 11 aufzuspringen versuchte. Sie verlor im Friedrichstädtler Krankenhaus.

Platzbezeichnungen. Im Stadtteil Röcken wurde der Platz W am Treppenfuß der Kommunikationsstraße mit der Leipziger Straße Kreuzigplatz, in der Pirnaischen Vorstadt der Straßenzug von der Johann-Georgen-Allee bis Goethestraße (Fortsetzung der Albrechtstraße) Albrechtstraße, der Platz B vor dem neuen Deutschen Hygienemuseum Lingnerplatz benannt. Im Stadtteil Blasewitz erhält die Ossestraße den Namen Wagnerstraße.

Großes Schadensereignis

Kreischa. Am Silvesterabend brach in der Scheune des Gutsbesitzers Bormann in Lungkwitz b. Kreischa Feuer aus, das bald mit rasender Geschwindigkeit auch auf die anderen Gebäude übergriff. Scheune und Wohnhaus waren noch mit Stroh gefüllt und boten dadurch dem Feuer reiche Nahrung. Die Gebäude waren etwa 300 Jahre alt. Durch die herrschende Kälte (13 Grad) waren die Schlauchleitungen innerhalb weniger Minuten zugeschnitten, so daß die Gebäude den Flammen überlassen werden mußten. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Die Verbreiterung der Elbbrücke in Pirna

Pirna. Auf eine Anfrage des Vorstandes des Verkehrsverbundes für die Sächsische Schweiz und das östliche Erzgebirge an die maßgebenden Stellen ist dielem mitgeteilt worden, daß die für den Erweiterungsbau vorgesehenen Gelder in den neuen Staat eingestellt worden sind und der Beginn des Baues für frühes Jahr 1928 bestimmt zu erwarten ist.

Meißen. Im ländlichen Krankenhaus Meißen starb die Arbeiterin Zollrank aus Herzogswalde. Sie war bei Ressendorf durch das Auto eines Zeiter Fabrikanten umgerissen und an einen ebenfalls vorüberfahrenden Lastkraftwagen geworfen worden. Nunmehr ist sie den dabei erlittenen Verlebungen erlegen.

Nadeberg. (Buchführungskursus.) In den Lehrplan der Volkshochschule soll auf Wunsch verschiedener Hörer ein Buchführungskursus eingefügt werden. Anmeldungen dazu werden noch beim Stadtrat Nadeberg, Wohlfahrts- und Jugendamt eingegangen. Der Beginn des Kurses wird noch bekanntgegeben.

Verkehrsstörung durch Schneewehe

Wilsdorf. Auf der Straße nach St. Georgenbach ist durch eine fast 50 Meter lange und über 2 Meter hohe Schneewehe der Verkehr empfindlich gestört. Der Wagenverkehr ist unmöglich, während für den Fußgängerverkehr ein schmaler Gang durch die vereiste Schneewehe geschlagen werden mußte.

Nachflänge zum Stahlhelmtag

Im Mai demonstrierten in Berlin die Stahlhelme. Vorher hatten sie in Hamburg durch die Demolierung des dortigen RFB-Gebäudes abermals bewiesen, daß sie mit dem brutalen Terror gegen die Arbeiterschaft vorgehen. Die offizielle Stahlhelmschule wurde in Dresden zusammengezogen und von hier in Sonderzügen nach Berlin befördert. Es war zu befürchten, daß auch in Dresden, ähnlich wie in Hamburg, das im Zentrum der Stadt liegende Gebäu de von Stahlhelmschülern überfallen und demoliert werden sollte, zumal anonyme Drohbriefe dort eingegangen waren. Die Befreiung beschloß deshalb Alarmbereitschaft für alle Abteilungen des RFB. Diese Maßnahme war eine logische Folge der Stahlhelmschulaktionen vergangener Tage.

Im Verlaufe der Nacht vom 7. zum 8. Mai 1927 ist es dann zu Schlägereien in Johannstadt gelommen, die Ursache waren, daß der Pader Siegert wegen "gemeinsam mit anderen Personen verübten Unfugs und Freiheitsberaubung", und der Arbeiter Spiller wegen versuchter körperlicher Misshandlung vor dem Gemeinsamer Schöffengericht standen ... Siegert sollte dem Handlungshelfer Seifert Schläge ins Gesicht usw. versetzt und den Kaufmann Rich. Frohmann dadurch seiner persönlichen Freiheit beraubt haben, indem er ihn einige Zeit am Karmel festhielt, damit sich dieser nicht an einer Schlägerei beteilige. Leytner bestritt der Angeklagte Siegert auch nicht, und es

musste, trotz der offenkundlichen Voringenommenheit des Staatsanwaltes dem Angeklagten Siegert gegenüber, Freisprechung im Falle des "gemeinsam mit anderen Personen verübten Unfugs" erfolgen. Für die sogenannte "Freiheitsberaubung" erhielt Siegert 30 M. Geldstrafe.

Der Angeklagte Spiller entpuppte sich bei dieser Verhandlung als eine ganz eigenartige Person. Früher dem RFB angehörig, war er nach dem 7. Mai aus dem RFB aus und ist die Nationalsozialistische "Arbeiterpartei" eingetreten. Vor Gericht versuchte er nun, seinem früheren Abteilungsführer, dem Zeugen B., die strafarten Handlungen indirekt zugeschrieben, die dem Angeklagten RFB-Kameraden Siegert zur Last gelegt waren. Das Gericht brachte es auch fertig, den Zeugen B. nicht zu verdedigen, um seine den Angeklagten Spiller befähigenden Aussagen abzuweichen und bei der Schlufsfassung bis zu einem gewissen Grade ignorieren zu können. Spiller wurde denn auch freigesprochen. Die Urteilsbegründung spricht bei den Aussagen Spillers, die dieser dem Zeugen B. gegenüber gemacht hatte, davon, Spiller könne diese ihn selbst belastenden Aussagen aus Kenntnisserwerb gemacht haben. Das sei ja berücksichtigen. Man überlege: Wenn der Angeklagte Siegert (der im RFB ist) einer dritten Person gegenüber derartige Ausdrücke, wie: "Hier ist die Lust für mich! Ich muß verbüllh!" geäußert hätte, was der Herr Staatsanwalt bei ihm (dem RFB-Mann) verlastendes aus den Neuerungen entnommen hätte! Bei diesem Jüngling, der im RFB sicher die Rolle eines Agenten gespielt hat und dies vor Gericht nach Vorhalten des Rechtsanwalts Dr. Helm durch seine eigenen Aussagen und die des Zeugen Seifert noch bewies, waren solche ihn belastenden Aussprüche einem Zeugen gegenüber natürlich nur aus Kenntnisserwerb getan. Das Gericht hat seine Aufgabe darin, denjenigen nationalsozialistischen Angeklagten und den anderen völliglosen Zeugen verteidigen zu müssen.

Alles in allem wieder ein neuer Beweis dafür, daß bürgerliche Justiz immer Klassenjustiz gegen die Tiere der klassenbewußten Arbeiterschaft sein muß, die sich gegen das bürgerliche System wenden und dabei auch gegen den Faschismus Stellung nehmen müssen. Die Arbeiter müssen aus solchen Projekten lernen, sich noch fester in ihren Organisationen zusammenzuschließen, sie auszubauen, um zu einem aggressiven Vorgehen gegen den bürgerlichen Staat, zum Sturz der bürgerlichen Klasse zu kommen und damit den Grundstein zum Aufbau einer neuen Gesellschaft zu legen.

Urteile gegen klassenbewußte Arbeiter könnten die proletarische Bewegung auf die Dauer nicht in ihrer Entwicklung hindern.

An alle Erwerbslosen Dresden!

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist nunmehr ein Vierte Jahr in Kraft. Das Heer der Erwerbslosen steigt wieder, und Tausende von Arbeitslosen spüren die Auswirkung dieses Schandgesetzes am eigenen Leibe. Durch die Gruppenordnung für Saisonarbeiter werden weitere Hunderttausende von Erwerbslosen rechtslos gemacht und um Millionen von Unterstützung betrogen. Der Dresdner Erwerbslosenausschuß ruft deshalb alle Dresdner Erwerbslosen zu einer

Protestkundgebung
für Donnerstag den 5. Januar, 14 Uhr, nach dem Reichsbanner,

Königsbrücke Straße, auf Martin Schneider, Dresden, spricht über "Die Auswirkung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes" und über die Gruppenordnung. Erwerbslose und Saisonarbeiter Dresdens! Erscheint in Massen zu dieser Kundgebung.

Erwerbslosenausschuß Groß-Dresden.

